

Institutionelle Strukturen und volkswirtschaftlicher Wohlstand

Analyse und Fallbeispiel

Mohamad Riyad Issa und Torsten Klein

*IBAL Schriftenreihe: Contributions to Business Administration and Leadership
Jahrgang 2025, Band 1*

Impressum

TH Köln
Gustav-Heinemann-Ufer 54
50968 Köln
www.th-koeln.de

Zitation: Issa, Mohamad Riyad/Klein, Torsten (2025): Institutionelle Strukturen und volkswirtschaftlicher Wohlstand. TH Köln: Institute for Business Administration and Leadership (Schriftenreihe: Contributions to Business Administration and Leadership, 2025, 1).

Stand: 06/2025



Inhalt

Inhalt	III
Abstract	IV
I Hinführung	1
1 Untersuchungsziel und Herangehensweise	1
2 Strukturiertes Modell und Aufbau	1
II Wesentliche ökonomie-theoretische Perspektiven	2
1 Grundlegende Begriffsklärungen	2
1.1 Wohlstand, Wohlfahrt und Prosperität	2
1.2 Institutionen und Demokratie	3
2 Hauptströmungen der Ökonomie-Theorie	5
2.1 Klassische Theorie	5
2.2 Österreichische Theorie	5
2.3 Keynesianische Theorie	6
2.4 Neoklassische Theorie	6
2.5 Theorie der Neuen Institutionenökonomie (NIÖ)	6
III Institutionelle Ursprünge volkswirtschaftlicher Entwicklung	8
1 AJR-Modell	8
2 Institutionen und Machtverteilung	13
3 Utility-Technology Possibilities Frontier (UTPF) als theoretischer Rahmen	18
4 Kritik	21
IV Fallbeispiel Syrien	22
1 Historische Entwicklung extraktiver Institutionen (1516 – 2024 Jahre)	22
2 Ausblick: Postautoritäre Dynamiken und institutionelle Lernchancen	23
V Schluss	24

Literaturverzeichnis

Abstract

Dieser Beitrag untersucht, welche Faktoren den Wohlstand von Volkswirtschaften beeinflussen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle von Institutionen, wie sie aus der Perspektive der Neuen Institutionenökonomik verstanden werden, durch Modelle von Acemoglu, Johnson und Robinson. Diese wurden im Jahr 2024 mit dem Wirtschaftsnobelpreis ausgezeichnet. Der vorliegende Artikel zielt darauf ab, den Zusammenhang zwischen Institutionen, Demokratie und Wohlstand mittels einer qualitativen Analyse von Fachliteraturquellen darzustellen.

I Hinführung

1 Untersuchungsziel und Herangehensweise

Dieser Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen Wohlstand, institutionellen Rahmenbedingungen und demokratischen Strukturen aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der systematischen Auswertung und Verknüpfung bestehender theoretischer Recherchen, wissenschaftlicher Ansätze und Modelle. Die Basis bildet eine theoretisch-analytischen Herangehensweise der zur Untersuchung der Zusammenhänge.

Die Literaturrecherche wurde qualitativ und selektiv durchgeführt. Im Zentrum standen wirtschaftstheoretische und institutionenökonomische Texte, die den Begriff des Wohlstands sowie dessen Entstehungsbedingungen in modernen Gesellschaften behandeln. Berücksichtigt wurden sowohl klassische als auch aktuelle wissenschaftliche Beiträge, insbesondere solche, die institutionelle Erklärungsansätze mit wachstumstheoretischen Fragestellungen verbinden.

Ein wesentliches Ziel der Recherche ist es, zu verstehen, wie Wohlstand aus institutioneller Perspektive erklärt wird und welche Mechanismen in der wissenschaftlichen Literatur für die Wohlförderung bzw. Wohlstandsverhinderung betrachtet werden. Aus der Auseinandersetzung der Literaturrecherche und deren Ansätze wurde zur strukturierten Fertigung dieses Artikels ein eigenes Modell entwickelt, das Erkenntnisse bündelt und die Grundlage der Gliederung dieses Artikels bildet.

Zur theoretischen Vertiefung wurde ein konkretes Land (Syrien) als Fallbeispiel herangezogen, das als natürliches Experiment dient. Das Ziel dieses Beispiels ist es, die Pfadabhängigkeit institutioneller Entwicklung aus den Ansätzen der Literatur sichtbar zu machen und aufzuzeigen, wie historische Machtverhältnisse langfristige Auswirkungen auf die institutionelle Qualität und den Wohlstand haben können.

2 Strukturiertes Modell und Aufbau

Der Aufbau des Artikels lässt sich anhand der folgenden Abbildung schematisch darstellen. Um die angewandte Methodik dieses Artikels nachvollziehbar zu gestalten und dadurch die Kernfragen dieser Untersuchung zu beantworten, verfolgt die Ausarbeitung ein strukturiertes Modell der relevanten Themen in sinnvoller Gliederung.

Es ist erforderlich, die maßgeblichen Begriffe klar und präzise zu definieren. Dies bildet die Grundlage für ein klares Verständnis der Literatur und deren Ansätze. Des Weiteren werden unterschiedliche Beiträge wie u. a. die klassische Schule, die österreichische Schule, die Keynesianische Schule sowie die Neoklassische Theorie betrachtet.

Es folgt eine Auseinandersetzung mit der Neuen Institutionenökonomik (im Folgenden NIÖ), deren Ansätze auf vier Untersuchungsebenen bauen, die im Verlauf erläutert werden. Acemoglu, Johnson und Robinson (im Folgenden AJR) leisteten in den letzten Jahren zu der NIÖ diverse Beiträge und entwickelten Modelle zur Erklärung wesentlicher Zusammenhänge.

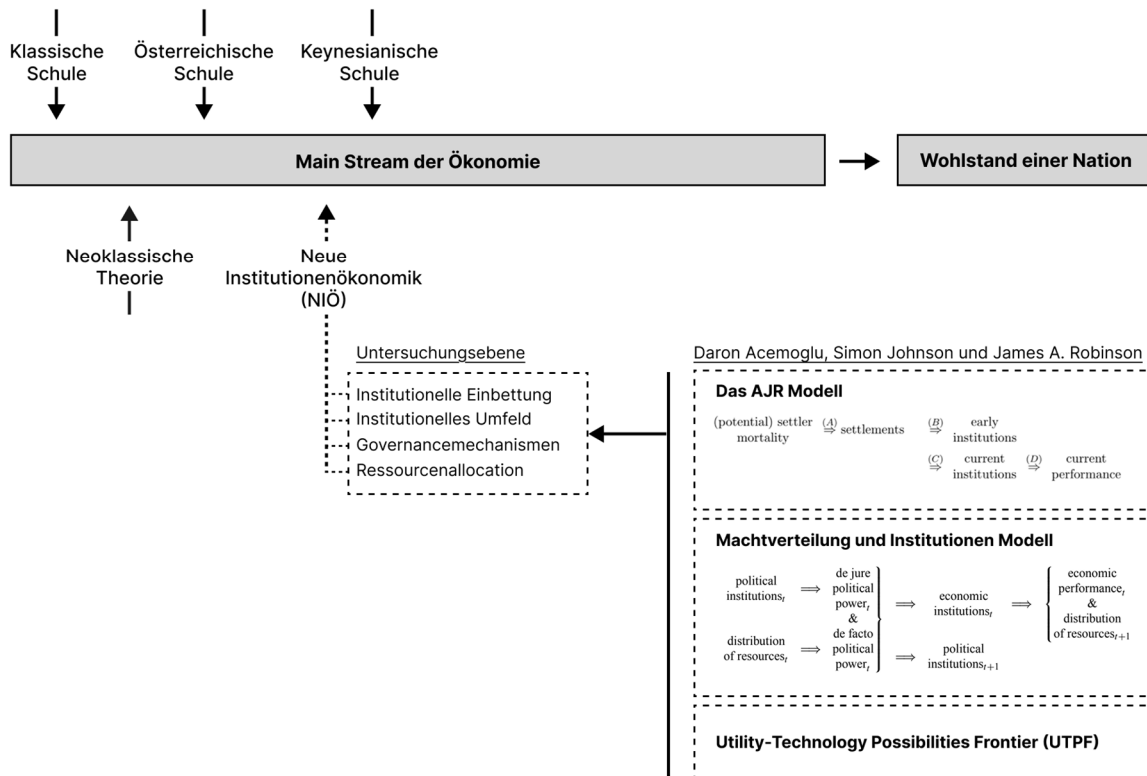


Abbildung 1: Schematische Darstellung des Aufbaus der Untersuchung

II Wesentliche ökonomie-theoretische Perspektiven

1 Grundlegende Begriffsklärungen

1.1 Wohlstand, Wohlfahrt und Prosperität

In der analysierten Literatur werden Begriffe wie Wohlstand, Wohlfahrt und Prosperität verwendet. Der Begriff Wohlstand bezeichnet laut der Literatur materiellen Erfolg und wird mit Wirtschaft, Einkommen und Lebensstandard assoziiert. In anderen Worten bedeutet Wohlstand, über ausreichende materielle Ressourcen zu verfügen.

Werden dem Begriff Wohlstand immaterielle Aspekte wie Gesundheit, Bildung und soziale Gerechtigkeit hinzugefügt, kommt der Begriff Wohlfahrt zum Einsatz. Dieser umfasst das Verständnis von Erfolg sowohl materieller als auch immaterieller Aspekte. In anderen Worten beschreibt die Wohlfahrt das umfassende Wohlbefinden in einer Gesellschaft; über das Materielle hinaus (vgl. Pitz, 2013).

Wird die nachhaltige Entwicklung und der langfristige wirtschaftliche und soziale Fortschritt beschrieben, so wird der Begriff Prosperität verwendet. Spricht man also von Prosperität, wird das langfristige Gedeihen und die nachhaltige Entwicklung auf sowohl wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher Ebene verstanden (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon, 2022).

In den weiteren Ausführungen sowie im Titel dieses Artikels wird der Begriff Wohlstand verwendet, um den materiellen und sozialen Reichtum sowie die Zukunftsfähigkeit einer Nation zu beschreiben.

1.2 Institutionen und Demokratie

Douglass C. North definiert Institutionen als Spielregeln der Gesellschaft und unterscheidet in seinem Werk "Institutions, Institutional Change and Economic Performance" zwischen formellen und informellen Institutionen und betrachtet sie nach Veränderungsgeschwindigkeit (North, 1990).

Laut Douglass C. North bestehen formelle Institutionen aus festgelegten Regeln und Normen, die durch politische und rechtliche Prozesse gestaltet sind. Diese sind die sogenannten Spielregeln der Gesellschaft und werden von formellen Einrichtungen wie u.a. Behörden und Gerichten durchgesetzt. In Bezug auf die Veränderungsgeschwindigkeit bezeichnete er formelle Institutionen als schnell veränderlich, da diese flexibel auf Veränderungen in der Umwelt reagieren können, wie beispielsweise politische und gesetzliche Reformen durch Wahlen (North, 1990).

Informelle Institutionen hingegen sind gesellschaftliche Normen, Werte und Traditionen, die kurzfristig oder evolutionär entstehen und sowohl historisch als auch kulturell gewachsen sind. Diese werden durch soziale Einflüsse wie Anerkennung oder Ausgrenzung verankert bzw. eliminiert. Im Gegensatz zu der schnellen Veränderungsgeschwindigkeit der formellen Institutionen sind informelle Institutionen relativ langsam veränderlich, da sie tief in der Gesellschaft verankert sind und deshalb oft über Generationen hinweg stabil bleiben.

Acemoglu und Robinson unterscheiden in ihrem Buch "Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty" (2012) zwischen inklusiven und extraktiven Institutionen und unterteilen diese in politische und wirtschaftliche Institutionen. Inklusiv (wirtschaftliche) Institutionen sind Strukturen und Regeln, die die wirtschaftliche Teilhabe für breite Teile der Bevölkerung ermöglichen, Eigentumsrechte schützen, einen freien Marktzugang ermöglichen und für eine Gleichberechtigung sorgen.

Inklusive (politische) Institutionen ermöglichen die Machtverteilung sowie eine breite politische Teilhabe der Bevölkerung. Diese verfügen über demokratische Werte oder Eigenschaften, die es der Gesamtbevölkerung ermöglichen, bei der Gestaltung der politischen Werte und der Entwicklung dieser mitzumachen (Acemoglu & Robinson, 2012).

Extraktive (wirtschaftliche) Institutionen sind von engen Monopolen und ökonomischer Korruption getrieben. Sie schließen die Mehrheit der Bevölkerung aus und erlauben es einer kleinen Eliten-Gruppe, für sich selbst wirtschaftliche Vorteile gegenüber der Bevölkerungsmehrheit zu schaffen.

Extraktive (politische) Institutionen sind, im Gegensatz zu inklusiven (politischen) Institutionen, Systeme, die die politische Macht bei einer relativ kleinen Eliten-Gruppe konzentrieren, die für sich selbst durch Strukturen und Regeln Vorteile ziehen. Die Bevölkerungsmehrheit ist hiervon abgegrenzt. Solche politischen Systeme verfügen über diktatorische Eigenschaften und Werte - wie etwa Einparteienstaaten, in denen die Gesamtbevölkerung keinen Einfluss auf die Entwicklung oder Gestaltung der politischen Richtung hat (Acemoglu & Robinson, 2012).

Demokratie kommt aus dem Griechischen „Demoskratos“ (Demos: Volks-, Kratos: Herrschaft) und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Sie gehört zu den bekanntesten Herrschaftsformen und lässt sich in direkten und indirekten bzw. repräsentativen Demokratie unterscheiden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung) .

Eine direkte Demokratie beschreibt den idealen Zustand einer Herrschaftsform, in der alle Bürger eines Volkes die Chance haben, alle politischen Themen zu bestimmen und einen eigenen und direkten Einfluss darauf haben zu können. Dies bedeutet, dass es keine Volksvertreter gibt. Um eine direkte Demokratie erfolgreich zu realisieren, sollten also alle Bürger stets über sämtliche Themen des Staates informiert sein, um fundierte Entscheidungen treffen zu können (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung).

Da diese Art von Demokratie in der heutigen Zeit nur schwer zu realisieren ist, entsteht die indirekte bzw. repräsentative Demokratie. In dieser gibt es gewählte Volksvertreter, die im Namen und Interesse des Volkes Entscheidungsträger sind.

Trotz der vielfachen und diversen Interpretationen und Arten von Demokratie gibt es Aspekte bzw. Elemente, die den Kern einer Demokratie ausmachen. Im Deutschen Grundgesetz stehen Elemente wie Volkssouveränität, Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Gewaltenteilung und Pluralismus im Mittelpunkt (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung). Diese werden im Folgenden erläutert.

Die Volkssouveränität entsteht dadurch, dass alle Gewalt vom Volk herausgeht. Konkret bedeutet dies, dass die Bevölkerung das Recht besitzt, die Regierung durch Wahlen zu bestimmen. Erfüllen diese Wahlen die Kriterien der Allgemeinheit, Gleichheit, Unmittelbarkeit, Freiheit und Geheimhaltung, handelt es sich um demokratisch legitimierte, freie Wahlen. Ein Verstoß gegen diese Wahlgrundsätze führt in der politikwissenschaftlichen Literatur zur Klassifikation als unfreie oder manipulierte Wahlen.

Die Rechtsstaatlichkeit gilt als vorhanden, sofern alle Bürger eines Staates gewisse Grundrechte haben und diese auch bewahrt bleiben. So wird sichergestellt, dass der Staat nur auf Basis der vorhandenen Gesetze und Rechte agieren darf. Darüber hinaus müssen alle weiteren Gesetze, die von der Regierung erlassen werden, von unabhängigen Institutionen, wie etwa Gerichten, überprüfbar sein. Somit steht in der Rangfolge das Recht im Vordergrund und die Politik hat sich daran zu halten und im Sinne dessen zu agieren. Dieses Verständnis der Rechtsstaatlichkeit wird als "formales Rechtsstaatsprinzip" bezeichnet.

Dieses rechtsgesteuerte Agieren von Staaten soll verhindern, dass die Vertreter des Volkes (im Falle einer indirekten Demokratie) nicht das Recht des Volkes verletzen oder gegen seinen Willen handeln. Zudem hält sich der Staat aber auch an das Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzip und bewahrt dadurch die Grund- und Menschenrechte.

Die Verhältnismäßigkeit stellt fest, in welchem Rahmen die Institutionen eines Staates Einfluss auf das individuelle Leben der Bürger haben dürfen. Somit sind die gesetzlichen Rechte der Bürger aufbewahrt und werden (optimalerweise) unter keinen Umständen von den Staatsinstitutionen verletzt und missbraucht.

Die Gewaltenteilung sorgt dafür, dass alle Gewalt nicht bei einer einzigen Person oder einer Personengruppe angesiedelt ist. Die drei Gewalten sind

- die Exekutive, die von der Regierung repräsentiert wird,
- die Legislative, die von der Gesetzgebung repräsentiert wird und
- die Judikative, die von der Rechtsprechung repräsentiert wird.

Diese Gewaltenteilung strebt danach, dass sich die einzelnen Organe gegenseitig aufhalten und kontrollieren können. Dies soll für Transparenz auf politischer Machtebene sorgen. Somit fallen Machtmissbrauch oder Ungleichheiten schneller auf und ermöglichen ein rechtzeitiges Agieren.

Pluralismus ist von einem nebeneinander bestehenden und gleichberechtigten Miteinander geprägt. Er beschreibt die Toleranz eines Volkes für die Koexistenz vielfältiger Meinungen, Ideen, Werte und Weltanschauungen. Diese werden von jedem respektiert und geachtet, sodass niemand das Recht hat, die eigenen Meinungen oder Werte anderen aufzuzwingen. Dadurch entsteht ein Wettbewerb verschiedener Interessen, die gleich toleriert werden.

2 Hauptströmungen der Ökonomie-Theorie

2.1 Klassische Theorie

Die Ökonomie hat sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt und verschiedene Denkschulen hervorgebracht, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Steigerung des Wohlstands für jeden Einzelnen durch effizientere Nutzung begrenzter Ressourcen (Samuelson & Nordhaus, 2010). Diese Schulen entstanden als Reaktion auf die ökonomischen, sozialen und technologischen Bedingungen ihrer Zeit und beeinflussten nachhaltig die Disziplin und Praxis der heutigen Ökonomie (Samuelson & Nordhaus, 2010).

Die klassische Schule, die im 18. Jahrhundert von Adam Smith in seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“ ins Leben gerufen wurde, markierte den Beginn der Ökonomie als eigenständige Disziplin. Adam Smith führte die Idee der freien Marktwirtschaft ein, in der die Arbeitsteilung und die Spezialisierung als wesentliche Treiber für Produktivität und Wachstum identifiziert wurden.

Adam Smith demonstrierte mit seinem Stecknadelbeispiel, wie Spezialisierung die Effizienz erheblich steigert. Das Stecknadelbeispiel: Wenn ein Arbeiter alleine eine Stecknadel herstellt, geht er den gesamten Produktionsprozess von Materialbeschaffung bis hin zu Verarbeitung und Zusammenbau alleine durch. Dies könnte zeitaufwendiger und ineffizienter sein, als wenn jeder Schritt von einem Spezialisten ausgeführt wird. So gewinnt die Produktion also nicht nur an Effizienz, sondern auch an ganzheitlicher Qualität. Außerdem können sich die Arbeiter auf ihre Stärken und Präferenzen konzentrieren, was insgesamt zu einer gesteigerten Produktivität führt.

2.2 Österreichische Theorie

Die Österreichische Schule, gegründet von Carl Menger im späten 19. Jahrhundert, entwickelte die Ansätze der klassischen Schule weiter, indem sie den Fokus verstärkt auf individuelle Entscheidungen und subjektive Bewertungen legte. Im Mittelpunkt stehen dabei die Grenznutzentheorie und die Theorie des subjektiven Wertes, welche betonen, dass der Wert eines Gutes nicht objektiv bestimmt wird, sondern vom individuellen Nutzen abhängt, den ein Konsument aus dem Konsum einer zusätzlichen Einheit dieses Gutes zieht (vgl. Menger, 1871).

Ein anschauliches Beispiel für die Grenznutzentheorie lässt sich im Zusammenhang mit Nahrungsaufnahme gut erläutern: Der erste Teller einer Mahlzeit bringt einem hungrigen Individuum einen hohen Nutzen. Ein zweiter Teller kann ebenfalls noch als Nutzen empfunden werden, während der zusätzliche Nutzen eines dritten oder vierten Tellers bereits deutlich abnimmt und im Extremfall sogar negativ sein kann – etwa durch Überessen. Das widerspricht der weit verbreiteten Vorstellung, dass „mehr“ automatisch „besser“ ist.

Die Grenznutzentheorie macht deutlich, dass Konsumenten ihr Verhalten danach ausrichten, wie stark der zusätzliche Nutzen mit jeder weiteren Einheit abnimmt (vgl. Menger, 1871).

Die Österreichische Schule führte außerdem auch die subjektive Werttheorie ein, die besagt, dass der Wert eines Gutes nicht allein durch die Produktionskosten bestimmt wird, sondern von der individuellen Einschätzung des Konsumenten abhängt. So kann ein teures Auto für eine Person einen hohen persönlichen Wert besitzen, während es für eine andere keine Bedeutung hat. Diese Theorie unterstreicht, dass Märkte nicht nur von Angebot und Nachfrage, sondern auch von den subjektiven Präferenzen der Konsumenten beeinflusst werden (vgl. Menger, 1871).

2.3 Keynesianische Theorie

Während der Weltwirtschaftskrise in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelte John Maynard Keynes ein neues Verständnis der staatlichen Rolle in der Wirtschaft. In "The General Theory of Employment, Interest and Money" (1936) argumentierte er, dass der Staat aktiv in konjunkturelle Entwicklungen eingreifen sollte, um wirtschaftliche Schwankungen zu vermeiden.

Kernelement seiner Theorie ist die antizyklische Fiskalpolitik: In wirtschaftlichen Aufschwungsphasen soll der Staat durch Steuererhöhungen und reduzierte Ausgaben eine Überhitzung der Wirtschaft verhindern. In Rezessionsphasen hingegen empfiehlt Keynes eine Senkung der Steuern und eine Ausweitung der Staatsausgaben, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken. Auf diese Weise ließen sich extreme Konjunkturausschläge dämpfen und eine stabilere wirtschaftliche Gesamtlage schaffen – sowohl für Unternehmen als auch für private Haushalte (Keynes, 1936).

2.4 Neoklassische Theorie

Die neoklassische Theorie stellt eine Weiterentwicklung der klassischen Schule dar und konzentriert sich auf die Vorstellung rational handelnder Individuen, die ihren Nutzen maximieren. Märkte werden als effizient angesehen, wenn sie vom kompletten Wettbewerb, vollständiger Information und freiem Marktzugang geprägt sind (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, 2025).

Die Theorie nimmt an, dass alle Marktteilnehmer – Käufer wie Verkäufer – rational handeln und über alle notwendigen Informationen verfügen. Dies führt zu einem Marktgleichgewicht, bei dem Angebot und Nachfrage sich ausgleichen. Ein Beispiel dafür ist der Preis von Brot in einem freien Markt. Wenn der Preis zu hoch ist, kaufen weniger Menschen Brot, was zu einem Überangebot und letztlich zu Preissenkungen führt. Diese Preisanpassung sorgt für ein Gleichgewicht, bei dem die produzierte Menge Brot den Wünschen der Konsumenten entspricht.

Im Laufe der Zeit haben sich verschiedene wirtschaftstheoretische Schulen mit der Frage beschäftigt, wie Wohlstand trotz begrenzter Ressourcen gesteigert werden kann – jede mit einem eigenen analytischen Schwerpunkt, der die vorangegangenen Ansätze weiterentwickelte oder ergänzte. Die klassische Schule legte mit der Betonung von Arbeitsteilung und freiem Markt die Grundlagen für die moderne Wachstumsökonomie. Die österreichische Schule knüpfte daran an, indem sie mit der Grenznutzentheorie und der subjektiven Wertlehre das individuelle Entscheidungsverhalten und die Bedeutung von Informationen in dezentralen Märkten in den Vordergrund rückte. Der Keynesianismus ergänzte diese marktorientierten Sichtweisen um die Erkenntnis, dass Märkte nicht immer zur Selbststabilisierung tendieren, und betonte die Rolle staatlicher Interventionen zur Steuerung von Konjunkturzyklen. Die neoklassische Theorie systematisierte viele dieser Überlegungen in einem konsistenten Modell rational handelnder Akteure und effizienter Märkte unter idealtypischen Bedingungen wie vollständiger Information und freiem Marktzugang (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, 2025).

Trotz ihrer jeweiligen Beiträge zur Erklärung ökonomischer Prozesse blieben wichtige Fragen nach den Rahmenbedingungen ökonomischen Handelns unbeantwortet, insbesondere hinsichtlich der Rolle von Regeln, Normen und Machtverhältnissen. Diese Lücke adressiert die NIÖ, indem sie Institutionen als grundlegende Einflussfaktoren wirtschaftlicher Entwicklung begreift und sie systematisch in die ökonomische Analyse integriert.

2.5 Theorie der Neuen Institutionenökonomie (NIÖ)

Die NIÖ stellt heute einen einflussreichen Ansatz innerhalb der Wirtschaftswissenschaften dar und hat sich als eine der wichtigsten theoretischen Strömungen etabliert. Im Gegensatz zur neoklassischen Ökonomik, die auf Gleichgewichtsmodellen, individueller Nutzenmaximierung und idealisierten Marktbedingungen basiert, richtet die NIÖ den Fokus auf historische Pfadabhängigkeiten, kollektive Erwartungen sowie politische und gesellschaftliche Machtstrukturen (vgl. Caspari, 2018). Ihr wesentlicher Beitrag liegt

darin, die Bedeutung von Institutionen – verstanden als formelle Regeln, informelle Normen und Organisationsstrukturen – für wirtschaftliche Prozesse systematisch in den Vordergrund zu rücken. Damit erweitert die NIÖ die klassische und neoklassische Ökonomik, die Märkte, Preise und individuelle Rationalität in den Fokus stellen.

Die Arbeiten von Douglass C. North zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum nicht allein durch Kapital, Arbeit oder technologischen Fortschritt erklärbar ist, sondern maßgeblich durch die institutionellen Spielregeln einer Gesellschaft geprägt wird. Die NIÖ liefert somit ein theoretisches Fundament für das Verständnis langfristiger Entwicklungsprozesse und institutioneller Unterschiede zwischen Volkswirtschaften.

Die institutionenökonomische Forschung lässt sich in vier Analyseebenen unterteilen, die den Zusammenhang zwischen Institutionen und wirtschaftlichem Handeln systematisch untersuchen.

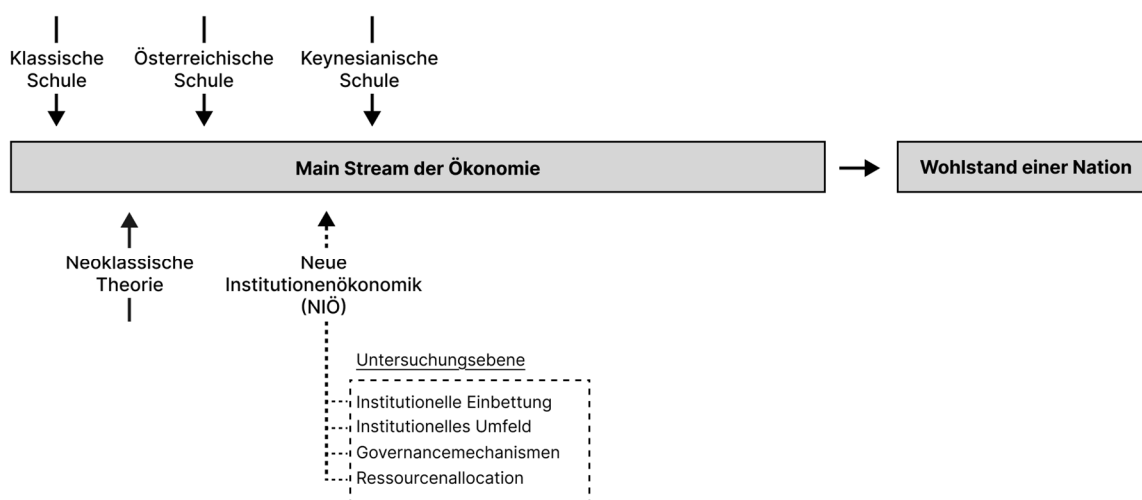


Abbildung 3: Erweiterter Auszug des Modells.

Die oberste Ebene der Analyse wird als institutionelle Einbettung bezeichnet. Sie beschäftigt sich mit den tief verankerten informellen Normen, Werten und Traditionen, die das Fundament für formelle Institutionen bilden. Diese kulturellen und sozialen Strukturen verändern sich meist nur sehr langsam und entziehen sich kurzfristigen politischen Eingriffen. Daher wird diese Ebene häufig von Disziplinen wie der Wirtschaftssoziologie oder Wirtschaftsgeschichte untersucht. Obwohl sie in der aktuellen ökonomischen Forschung weniger Beachtung findet, ist sie von wichtiger Bedeutung: Sie prägt die grundlegenden Bedingungen, unter denen Märkte überhaupt funktionieren können, und bildet somit das gesellschaftliche Fundament wirtschaftlichen Handelns (vgl. Caspari, 2018).

Die zweite Analyseebene richtet ihren Fokus auf das institutionelle Umfeld, also auf die Gesamtheit formeller Regeln und Strukturen, die wirtschaftliches Handeln rechtlich und politisch aufrechterhalten. Hierzu zählen Eigentumsrechte, Gesetze, Verfassungen, politische Institutionen und staatliche Regulierungen. Diese Ebene wurde wesentlich durch die Arbeiten von Douglass C. North geprägt, der darauf hinwies, dass wirtschaftliches Wachstum nicht nur von Märkten und Ressourcen abhängt, sondern auch von der Qualität und Stabilität formeller Institutionen. Ziel dieser Perspektive ist es, institutionelle Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie langfristig Investitionen fördern, Transaktionskosten senken und damit ökonomische Entwicklungen ermöglichen. Allerdings reicht die bloße Existenz solcher Regelwerke nicht aus. Vielmehr geht es um die Durchsetzung und die gesellschaftliche Akzeptanz (vgl. Caspari, 2018).

Die dritte Analyseebene befasst sich mit der Umsetzung institutioneller Regeln auf der Mikroebene. Im Mittelpunkt stehen dabei sogenannte Governance-Mechanismen - Elemente wie Verträge, Anreizsysteme

oder Kontroll- und Überwachungsstrukturen, die sicherstellen sollen, dass formelle Regeln auch im alltäglichen Wirtschaftshandeln eingehalten werden. Diese Ebene untersucht die Gründe für die Ausformung von unterschiedlichen Organisationsformen und, wie institutionelle Rahmenbedingungen auf Unternehmensebene operationalisiert werden (vgl. Caspari, 2018).

Die vierte und letzte Analyseebene richtet den Blick auf die Allokation von Ressourcen innerhalb eines Wirtschaftssystems. Im Gegensatz zur rein neoklassischen Betrachtung, die von idealisierten Marktmechanismen ausgeht, wird hier die Effizienz der Ressourcenverteilung unter Berücksichtigung institutioneller und governance-spezifischer Rahmenbedingungen analysiert. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie institutionelle Strukturen die Entscheidungen wirtschaftlicher Akteure beeinflussen und somit die Allokation von Kapital, Arbeit und Wissen steuern (vgl. Caspari, 2018).

Die theoretischen Grundlagen der NIÖ haben bedeutende Einflüsse auf aktuelle Forschungsarbeiten, insbesondere die von AJR. Sie erweitern die Ideen von Douglass C. North, indem sie institutionelle Analysen mit politischen Machtstrukturen verknüpfen und zeigen, wie inklusive und extraktive Institutionen langfristig den wirtschaftlichen Erfolg bzw. Misserfolg von Nationen prägen. Diese Verbindung von institutionellen und politischen Aspekten bietet einen wichtigen Erklärungsansatz für die globalen Entwicklungsunterschiede.

III Institutionelle Ursprünge volkswirtschaftlicher Entwicklung

1 AJR-Modell

AJR widmen sich in ihren Forschungen zwei entwicklungspolitischen Fragestellungen. Zum einen untersuchen sie, warum es weltweit so große Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen gibt bzw. warum manche Gesellschaften reich sind, während andere arm bleiben. Zum anderen gehen sie der Frage nach, warum wirtschaftlich schwache Länder nicht jene Institutionen übernehmen, die in anderen Staaten zu Wohlstand geführt haben. Ausgangspunkt ihrer Analyse ist die Feststellung einer ausgeprägten globalen Ungleichverteilung des Pro-Kopf-Einkommens (vgl. Acemoglu, 2025).

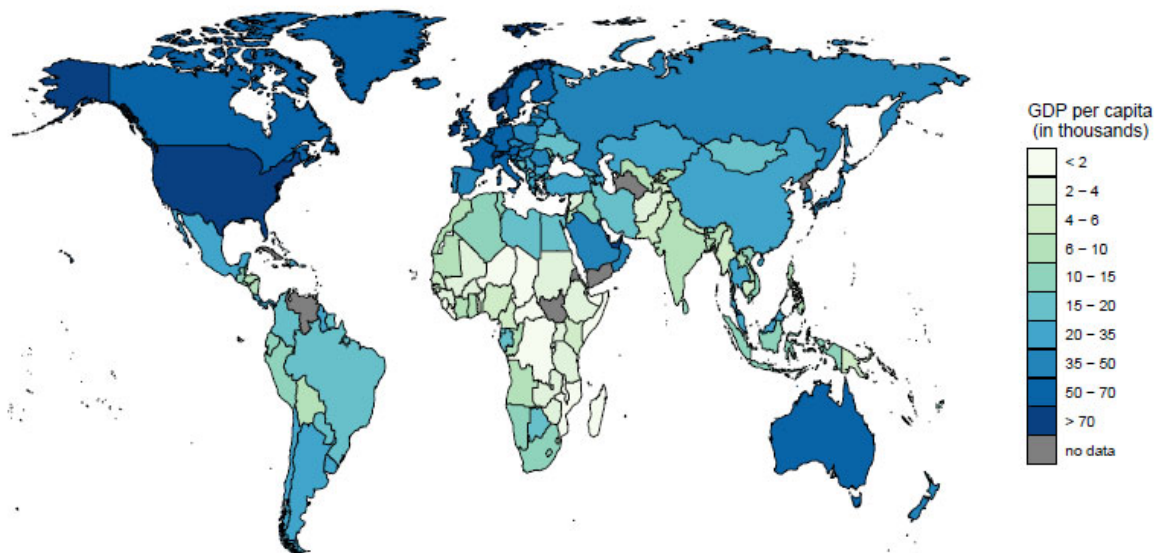


Abbildung 4: Die Verteilung des BIP pro Kopf weltweit. Dies ist der Durchschnitt des kaufkraftbereinigten BIP geteilt durch die Gesamtbevölkerung (Acemoglu, 2025)¹

AJR beobachteten auf globaler Ebene auffällige Unterschiede im Entwicklungsstand ehemaliger europäischer Kolonien. Auffällig war dabei, dass heutige wohlhabende Staaten wie die USA oder Australien ebenso koloniale Vergangenheit aufweisen wie stark unterentwickelte Länder wie Haiti oder die Demokratische Republik Kongo. Ausgehend von dieser Diskrepanz formulierten sie die Hypothese, dass die historischen Erfahrungen während der Kolonialzeit einen zentralen Erklärungsfaktor für die heutigen weltweiten Ungleichheiten darstellen könnten (vgl. Acemoglu et al., 2001).

AJR weisen darauf hin, dass auf den ersten Blick eine scheinbare Korrelation zwischen niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und der geografischen Nähe zum Äquator zu bestehen scheint. Diese geografische Erklärung wird jedoch kritisch hinterfragt. Um deren Aussagekraft zu relativieren, verweisen sie auf Fälle wie Nord- und Südkorea, Ost- und Westdeutschland oder die geteilte Stadt Nogales an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten. Diese Beispiele zeigen deutlich, dass ähnliche geografische und kulturelle Voraussetzungen nicht zwangsläufig zu vergleichbarer wirtschaftlicher Entwicklung führen. Vielmehr deuten sie darauf hin, dass andere Faktoren – insbesondere institutionelle Unterschiede – entscheidend sind (vgl. Acemoglu et al., 2001).

Zur Untermauerung ihrer Hypothese untersuchten sie die Frage, weshalb europäische Kolonialmächte bei der Besiedlung verschiedener Regionen der Welt unterschiedliche Strategien verfolgten.

Im Rahmen ihrer Untersuchung richteten sie den analytischen Fokus auf die Siedlungsmuster europäischer Kolonialmächte. Sie stellten die Hypothese auf, dass sich in Regionen, in denen Europäer in großer Zahl siedelten, andere institutionelle Strukturen herausgebildet haben als in jenen Gebieten, in denen lediglich eine geringe europäische Präsenz vorherrschte. Diese institutionellen Unterschiede wirkten sich langfristig auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jeweiligen Länder aus (vgl. Acemoglu et al., 2001).

Um diese Hypothese empirisch zu stützen, sind AJR der Frage nachgegangen, weshalb sich die Intensität der europäischen Besiedlung regional stark unterscheidet. Zur Beantwortung dieser Frage griffen sie auf ein innovatives, zugleich jedoch umstrittenes Instrument zurück: die Mortalitätsraten europäischer

¹ Übernommen von den Daten der Weltbank für die Jahre 2019-2023

Siedler in verschiedenen Regionen. Diese Sterblichkeitsraten sollten als Messinstrument für die Lebensbedingungen und damit die Attraktivität dauerhafter Besiedlung dienen. Auf dieser Grundlage entwickelten sie ein kausales Modell, das den Zusammenhang zwischen (potenzielle) Siedler-Sterblichkeit, kolonialer Strategie, institutioneller Entwicklung und langfristigem wirtschaftlichem Erfolg systematisch erfasst (vgl. Acemoglu et al., 2001).

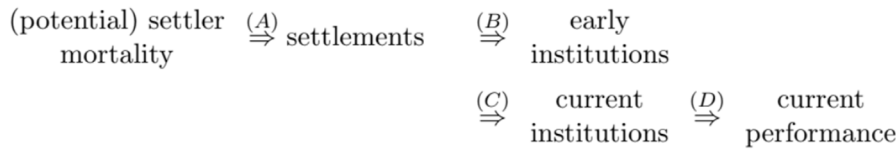


Abbildung 5: Das 2001-AJR Modell (Acemoglu et al., 2001)

(Potenzielle) Siedler-Sterblichkeit

Die Mortalitätsraten europäischer Siedler variierten zwischen den Kolonien. In Regionen mit hoher Sterblichkeit, wie beispielsweise in tropischen Teilen Afrikas und Asiens, wurde von einer dauerhaften Besiedlung abgesehen. Stattdessen errichteten die Kolonialmächte extraktive Institutionen mit dem Ziel der Ausbeutung lokaler Ressourcen. In Regionen mit niedriger Sterblichkeit, wie Nordamerika oder Ozeanien, kam es hingegen zu dauerhafter Ansiedlung und dem Aufbau stabiler Verwaltungsstrukturen (vgl. Acemoglu et al., 2001).

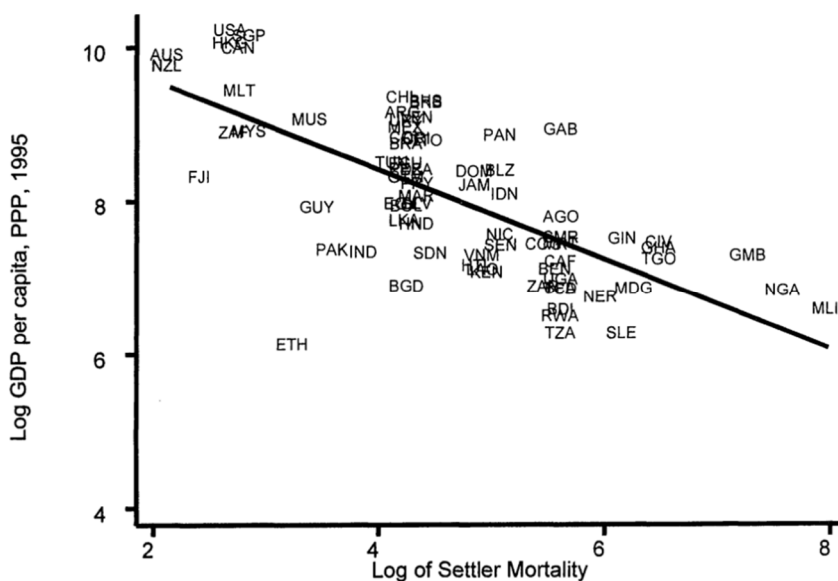


Abbildung 6: Reduzierter statistischer Zusammenhang zwischen Einkommen und Siedler-Sterblichkeit (Acemoglu et al., 2001)

Zusammenhang A: Siedler-Sterblichkeit und Ansiedlungen

AJR argumentieren, dass hohe Sterblichkeitsraten unter europäischen Siedlern, teilweise bis zu 10 % oder sogar 50 % jährlich, die Bereitschaft zur dauerhaften Ansiedlung stark verringerten. Diese Beobach-

tung benötigt laut Acemoglu et al. (2001) keine neue theoretische Fundierung, da sie auf einer naheliegenden Annahme basiert: Wo die Überlebenschancen der Siedler gering waren, errichteten sie vorwiegend extraktive Verwaltungsstrukturen und verzichteten auf langfristige Besiedlung. Diese führte zu einem niedrigeren BIP-pro-Kopf im Vergleich zu Ländern, die bessere Überlebenschancen für die Siedler aufwiesen und deshalb über einen höheren BIP-pro-Kopf verfügen.

Zusammenhang B: Frühe Institutionen und Ansiedlungen

Rückgriff auf historische Fallbeispiele, die als natürliches Experiment dienen, um institutionelle Divergenzen zu erklären. Besonders illustrativ ist der Vergleich zwischen der spanischen Kolonisation in Südamerika und der britischen in Nordamerika. In beiden Fällen verfolgten die Kolonialmächte primär das Ziel, wirtschaftliche Ressourcen zu extrahieren, wie beispielsweise Edelmetalle, landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Arbeitskraft (vgl. Acemoglu, 2012).

Im Fall der spanischen Kolonisation in Südamerika zeigt sich dies deutlich am Beispiel der Region um Rio de la Plata. Die spanische Kolonialisierung strebte eine Ausbeutung der indigenen Bevölkerung nach dem Vorbild der Eroberungen durch Cortés und Pizarro an. Diese Strategie basierte auf der gewaltsamen Unterwerfung lokaler Bevölkerungen, deren Einbindung in Zwangsarbeitssysteme sowie der extraktiven Ausbeutung vorhandener Ressourcen. Doch in der Region um Buenos Aires scheiterte dieser Ansatz. Die dort ansässigen Gruppen – insbesondere die Charrúas und Guaraní – lebten in dezentralen, mobilen Strukturen und entzogen sich durch Widerstand oder Flucht der Kontrolle. Diese sozialen Gegebenheiten verhinderten die Etablierung extraktiver Institutionen, was letztlich zur Aufgabe des kolonialen Vorhabens in dieser Region führte (vgl. Acemoglu, 2012).

In anderen Gebieten, wie etwa Paraguay, trafen die Spanier auf stärker hierarchisierte indigene Gesellschaften, was ihnen eine erfolgreiche Umsetzung ihres extraktiven Modells ermöglichte. Hier gelang es, bestehende Machtstrukturen zu übernehmen, die indigene Bevölkerung zur Arbeit zu zwingen und wirtschaftliche Erträge in das koloniale Zentrum umzuleiten (vgl. Acemoglu, 2012).

Ein vergleichbares Ziel verfolgten auch die britischen Kolonisatoren in Nordamerika durch Virginia Company. Doch auch hier zeigte sich die ursprüngliche Strategie als weitgehend wirkungslos. Die dortige indigene Bevölkerung war ähnlich mobil und schwer zu kontrollieren wie in Rio de la Plata, und Versuche, sie zur Arbeit zu zwingen, blieben erfolglos. Als Ersatz setzten die Briten auf Zwangsarbeit durch europäische Vertragssklaven, jedoch brach auch dieses Modell zusammen, da die Kolonisten angesichts offener Grenzen und verfügbarer Landflächen häufig flohen. Die extreme Brutalität der Kolonialverwaltung konnte diese Entwicklung nicht verhindern (vgl. Acemoglu, 2012).

Erst nach wiederholtem Scheitern wandte sich die Virginia Company einem neuen Ansatz zu: Anstelle von Zwang setzten sie auf Anreize. Mit dem sogenannten Headright-System wurden Siedlern Landrechte eingeräumt, unter der Bedingung, dass sie dieses Land produktiv nutzen. Ergänzt wurde dies durch politische Zugeständnisse in Form einer gewählten Generalversammlung. Auf diese Weise entstanden inklusive wirtschaftliche und politische Institutionen, die individuelle Eigentumsrechte und Mitbestimmung sicherten. Entscheidend dabei ist, dass auch die Briten Ressourcen extrahieren wollten. Doch im Unterschied zu den Spaniern war es unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich, die eigene Bevölkerung ähnlich hart zu unterdrücken wie die einheimischen Gruppen in Südamerika (vgl. Sauerland, 2025). Um dennoch Kontrolle und Produktivität zu gewährleisten, mussten sie ökonomische und politische Anreize schaffen. Dies führte zur Entstehung inklusiver Institutionen, die langfristig bessere Entwicklungsergebnisse begünstigten (vgl. Acemoglu, 2012).

Aus diesen und vergleichbaren historischen Beispielen entwickelten AJR die grundlegende Unterscheidung zwischen extraktiven und inklusiven Institutionen, um unterschiedliche Entwicklungspfade von Gesellschaften systematisch zu erklären. So leuchten sie in den durch Strategien der Siedler und andere Gegebenheiten entstandenen Institutionen und deren Zusammenhang mit den frühen Institutionen.

Zusammenhang C: Frühe Institutionen und gegenwärtige Institutionen

Nach AJR sind Institutionen stark pfadabhängig, da einmal etablierte institutionelle Strukturen politische und ökonomische Anreizsysteme schaffen, die sich selbst verstärken (vgl. Acemoglu et al., 2005). Frühe institutionelle Entscheidungen, wie beispielsweise während der Kolonialzeit, prägen langfristig die Machtverteilung und die Art wirtschaftlicher Interaktionen. Diese Persistenz erklärt, warum selbst nach formalen politischen Umbrüchen viele Länder an ineffizienten, extraktiven Institutionen festhalten, während inklusive Institutionen tendenziell stabil und entwicklungsfördernd bleiben (vgl. Acemoglu et al., 2001).

Im folgenden Unterkapitel 5.2 wird die Pfadabhängigkeit institutioneller Entwicklung anhand des von AJR entwickelten Modells zur Wechselwirkung von Macht- und Ressourcenverteilung näher erläutert. Dieses Modell zeigt, wie bestehende Machtstrukturen institutionelle Veränderung entweder begünstigen oder blockieren können und dadurch langfristige Entwicklungspfade prägen.

Zusammenhang D: Gegenwärtige Institutionen und Leistungsfähigkeit

Schließlich zeigen AJR empirisch, dass gegenwärtige Unterschiede im Wohlstand eng mit der Qualität heutiger Institutionen korrelieren. In Ländern mit inklusiven Institutionen fördern Rechtssicherheit, Investitionsanreize und Innovationsfähigkeit nachhaltiges Wirtschaftswachstum. In Ländern mit extraktiven Strukturen hingegen sind Korruption, Wachstumshemmnisse und geringe Bildungsrenditen vorherrschend (vgl. Acemoglu, 2025).

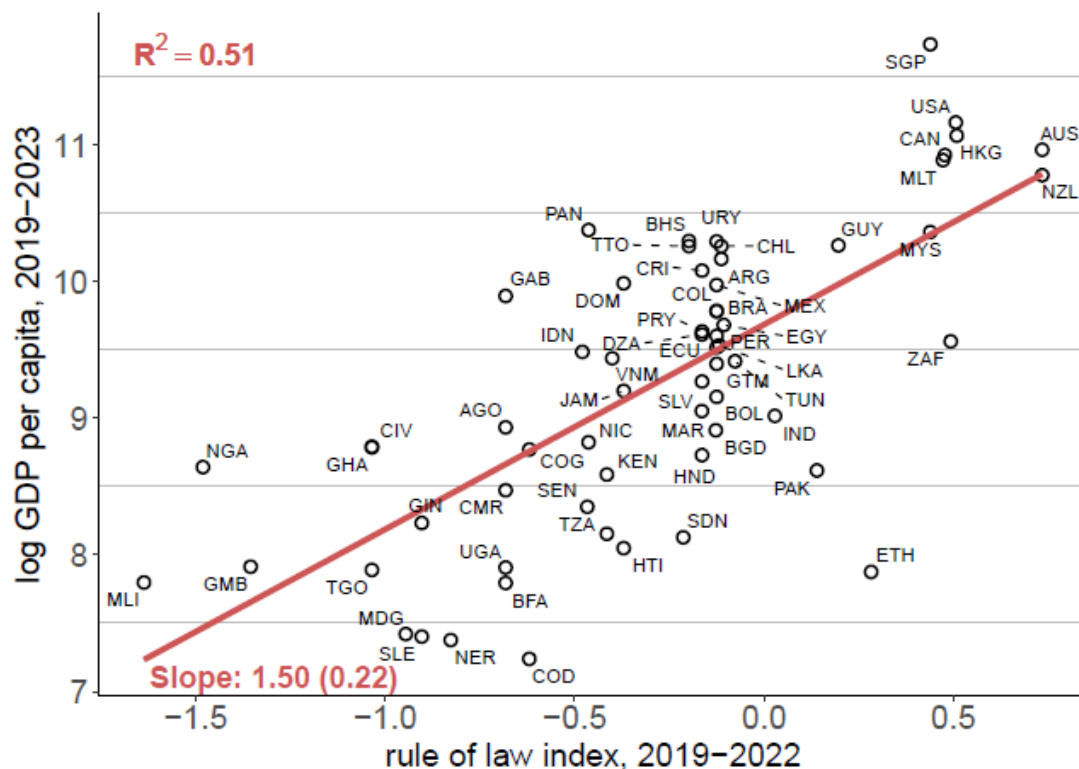


Abbildung 7: 2SLS-Zusammenhang zwischen Institutionen und BIP-pro-Kopf (Acemoglu, 2025)

Der vierte Zusammenhang des Modells umfasst die Wirkung von Institutionen auf technologische Entwicklung, Innovation und Produktivität. In *Why Nations Fail* sowie in *The Narrow Corridor* betonen Acemoglu & Robinson (2019), dass Institutionen nicht nur Investitionen in physisches und Humankapital beeinflussen, sondern auch die Effizienz von Produktion und die Nutzung neuer Technologien. Dabei greifen sie auf Arbeiten wie jene von Klenow & Rodríguez-Clare (1997) sowie Hall & Jones (1999) zurück, die zeigen, dass Unterschiede in der Totalen Faktorproduktivität (TFP) ein bedeutender Erklärungsfaktor für Einkommensunterschiede zwischen Ländern sind. Diese Produktivitätsunterschiede sind wiederum eng mit institutionellen Rahmenbedingungen verknüpft (vgl. Acemoglu, 2025).

Dieser Zusammenhang (D) wird im nachfolgenden Unterkapitel 5.3 auf Grundlage eines Frameworks zur Technologie- und Produktivitätsentwicklung von Acemoglu (2025) näher erläutert:

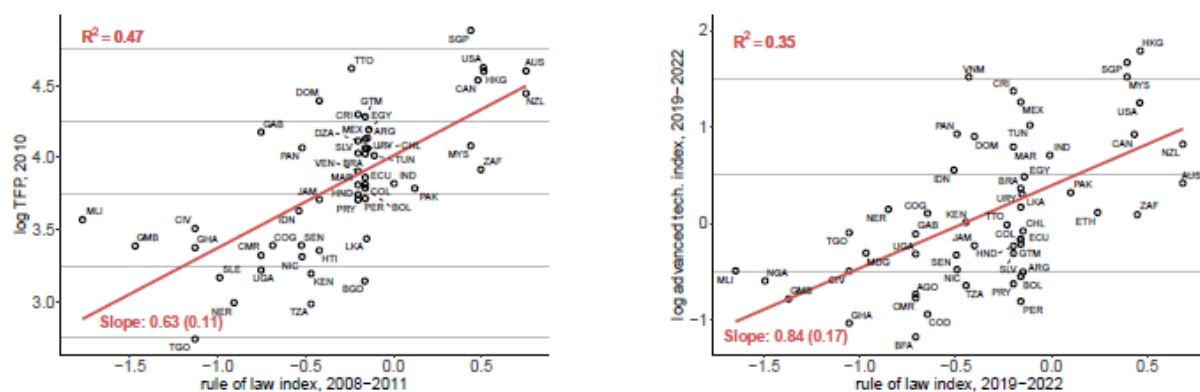


Abbildung 8: 2SLS-Zusammenhang zwischen Institutionen und Technologie (Acemoglu, 2025)

AJR formulieren in ihrem ersten Modell die zentrale Hypothese, dass heutige Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand von Ländern maßgeblich auf institutionelle Pfadentscheidungen während der Kolonialzeit zurückgehen. Sie argumentieren, dass die damaligen Bedingungen, insbesondere die durch Siedlermortalität beeinflusste Wahl zwischen extraktiven und inklusiven Institutionen, langfristige Entwicklungspfade vorgezeichnet haben. Trotz der Nutzung teilweise unkonventioneller Methoden, wie der Rückgriff auf Siedlermortalitätsraten und natürliche Experimente, untermauern AJR ihre These mit umfassenden empirischen Analysen. Ihre Beiträge in diesem Zusammenhang – ebenso wie das im folgenden Kapitel behandelte Modell zur Pfadabhängigkeit von Institutionen – fanden breite Anerkennung in der Fachwelt und waren ein großer Bestandteil ihrer Arbeiten, die im Rahmen des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften gewürdigt wurden. Im nächsten Modell widmen sich AJR der Frage, wie sich diese institutionellen Strukturen im Zeitverlauf verfestigen und durch Pfadabhängigkeit reproduzieren.

2 Institutionen und Machtverteilung

Das Modell soll mehr in die Beantwortung der Frage reinleuchten, warum wirtschaftlich schwache Länder nicht jene erfolgreichen institutionellen Strukturen übernehmen, die in wohlhabenden Ländern verbreitet sind. Hierzu entwickeln AJR ein theoretisches Modell, das ein Verständnis des Zusammenhangs zwischen den Einflussfaktoren bietet. Diese sind laut AJR politische Institutionen (political institutions), Ressourcenverteilung (distribution of resources), politische Macht (political power), wirtschaftliche Institutionen (economic institutions) sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (economic performance). Folgend ist die schematische Darstellung dieses Zusammenhangs.

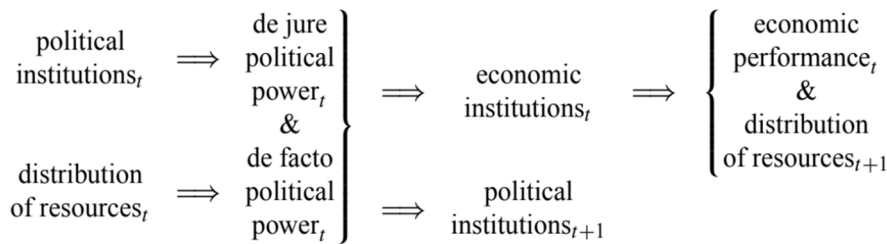


Abbildung 9: Schematische Darstellung des Zusammenhangs zwischen den Einflussfaktoren. Diese berücksichtigt sowohl den Zustand in der Gegenwart als auch in der Zukunft, wobei der Index "t" die Gegenwart bezeichnet und "t + 1" die Zukunft (Acemoglu et al., 2005)

Wirtschaftliche Institutionen

Wirtschaftliche Institutionen sind entscheidend für das Wirtschaftswachstum, da sie die Anreize der Akteure in einer Gesellschaft beeinflussen. Sie wirken sich insbesondere auf Investitionen in physisches und Humankapital sowie auf technologische Entwicklungen und die Organisation der Produktion aus. Zwar können auch kulturelle und geografische Faktoren eine Rolle spielen, doch sind Unterschiede in den wirtschaftlichen Institutionen der Hauptgrund für unterschiedliche Wachstumsraten und Wohlstandsniveaus zwischen Ländern (vgl. Acemoglu & Robinson, 2012). Wirtschaftliche Institutionen bestimmen nicht nur das Wachstumspotenzial eines Landes, sondern auch, wie Ressourcen (bspw. Vermögen, Kapital oder Bildung) in der Zukunft verteilt werden. Kurz gesagt, sie beeinflussen sowohl die Größe des „Kuchens“ als auch dessen Verteilung unter den Mitgliedern der Gesellschaft (vgl. Acemoglu et al., 2005).

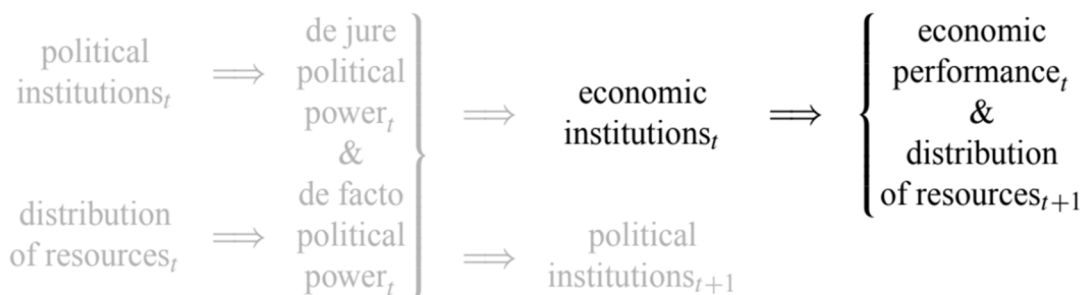


Abbildung 10: Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Institutionen, wirtschaftlicher Entwicklung und Ressourcenverteilung (Acemoglu et al., 2005).

Politische Macht und wirtschaftliche Institutionen

Wirtschaftliche Institutionen sind nicht unabhängig, sondern entstehen durch gemeinsame gesellschaftliche Entscheidungen, meist wegen ihrer wirtschaftlichen Folgen. Doch nicht alle Gruppen in einer Gesellschaft haben die gleichen Interessen, da wirtschaftliche Institutionen auch beeinflussen, wie Ressourcen verteilt werden. Deshalb kommt es oft zu Konflikten über die Frage, welche Institutionen eingeführt werden sollen. Wenn beispielsweise zwei Gruppen unterschiedliche Vorstellungen haben, hängt es vom politischen Einfluss dieser Gruppen ab, welche Institutionen durchgesetzt werden. Effizienz kann zwar eine

Rolle spielen, aber am Ende entscheidet die politische Machtverteilung. Daraus ergibt sich, dass politische Macht im Zeitpunkt t (Gegenwart) die wirtschaftlichen Institutionen im Zeitpunkt t (Gegenwart) beeinflussen (vgl. Acemoglu et al., 2005).

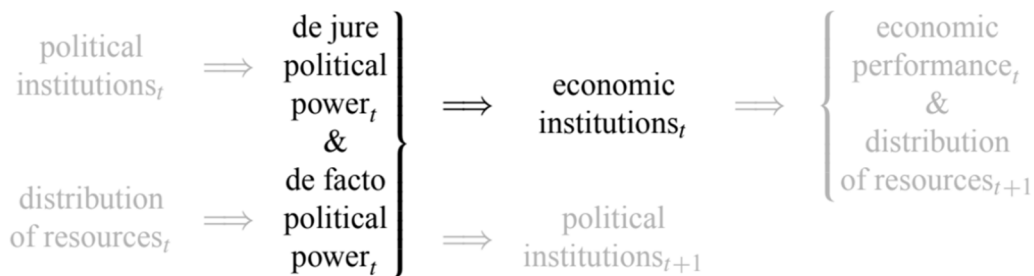


Abbildung 11: Zusammenhang zwischen „de jure“ politischer Macht und wirtschaftlichen Institutionen (Acemoglu et al., 2005).

Die Vorstellung, dass wirtschaftliche Institutionen maßgeblich durch politische Machtverhältnisse geprägt werden, impliziert, dass divergierende Interessen bezüglich der Ressourcenverteilung führen. Dabei stellt sich die Frage, weshalb gesellschaftliche Gruppen nicht kollektiv effiziente Institutionen etablieren, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu fördern, und Konflikte lediglich über die Verteilung der daraus resultierenden Erträge austragen. Acemoglu und Robinson (2006) argumentieren, dass sogenannte Verpflichtungsprobleme eine Barriere darstellen. Politisch dominante Gruppen können zukünftige Umverteilungen nicht glaubwürdig zusichern, da sie Anreize haben, Institutionen zu ihren Gunsten zu manipulieren. Diese mangelnde Glaubwürdigkeit untergräbt potenzielle Kooperationslösungen, sodass sich Effizienz- und Verteilungsfragen nicht unabhängig voneinander regeln lassen. Deshalb setzen sich oft institutionelle Strukturen durch, die den Machterhalt der dominierenden Gruppen gewährleisten, auch wenn sie aus wirtschaftlicher Sicht nicht effizient sind.

„De Jure“ politische Macht und politische Institutionen

Auch politische Macht selbst ist ein Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse. Sie besteht aus zwei Elementen: der formellen, institutionellen Macht („de jure“) und der faktischen, praktischen Macht („de facto“). De jure politische Macht ergibt sich aus den politischen Institutionen beziehungsweise aus der Frage, wie stark politische Eliten kontrolliert werden. In einer Monarchie liegt die formelle Macht beim Monarchen, während in einer konstitutionellen Monarchie ein Parlament diese Macht einschränkt. Politische Institutionen legen somit fest, wer offiziell politische Entscheidungen treffen darf (vgl. Acemoglu et al., 2005).

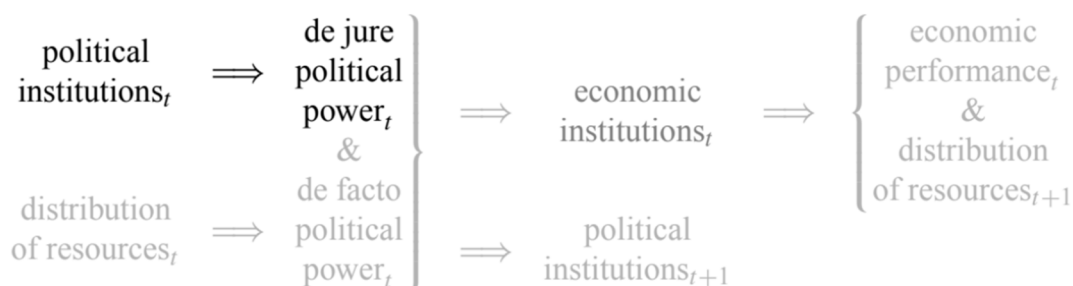


Abbildung 12: Zusammenhang zwischen politischen Institutionen und „de jure“ politischer Macht (Acemoglu et al., 2005).

„De Facto“ politische Macht und Ressourcenverteilung

Doch politische Macht beschränkt sich nicht auf das, was in Gesetzen oder Verfassungen steht. Auch Gruppen ohne formelle Macht können Einfluss ausüben, z.B. durch Proteste, militärische Mittel oder Aufstände. Diese praktische Macht, de facto politische Macht genannt, beruht auf zwei Faktoren: Erstens auf der Fähigkeit, als Gruppe gemeinsam zu handeln, und zweitens auf wirtschaftlichen Ressourcen, die z. B. für politische Kampagnen oder bewaffnete Konflikte genutzt werden können. Da noch unklar ist, wann Gruppen ihre kollektiven Aktionsprobleme lösen können, liegt der Fokus hier auf den wirtschaftlichen Ressourcen. Daraus folgt: Die Ressourcenverteilung im Zeitpunkt t beeinflusst die de facto politische Macht im Zeitpunkt t (vgl. Acemoglu et al., 2005).

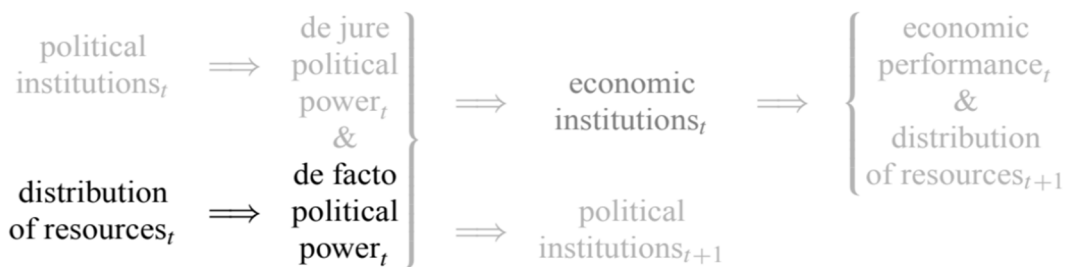


Abbildung 13: Zusammenhang zwischen Ressourcenverteilung und “de facto” politischer Macht (Acemoglu et al., 2005).

Politische Macht und politische Institutionen

Die wichtigsten Größen in diesem Modell sind die politischen Institutionen und die Ressourcenverteilung. Ohne Umgebungsveränderung verändern sich beide Größen nur langsam und haben einen langfristigen Einfluss auf wirtschaftliche Institutionen und Leistungsfähigkeit. Politische Institutionen wirken direkt, etwa indem sie Machtkonzentration fördern oder verhindern, was wiederum den Schutz von Eigentumsrechten und Chancengleichheit beeinflusst. Indirekt wirken sie über die Verteilung der politischen Macht, die die wirtschaftlichen Institutionen mitbestimmt. Das Modell zeigt somit eine Hierarchie: Politische Institutionen prägen wirtschaftliche Institutionen, die wiederum wirtschaftliche Ergebnisse bestimmen (Acemoglu et al., 2005). Auch politische Institutionen sind Ergebnis kollektiver Entscheidungen und hängen von der Machtverteilung ab. Wer politische Macht besitzt, hat oft ein Interesse daran, bestehende Institutionen zu bewahren. Veränderungen entstehen meist durch Verschiebungen in der de facto Macht durch bspw. Revolutionen oder Reformen (Acemoglu et al., 2005).

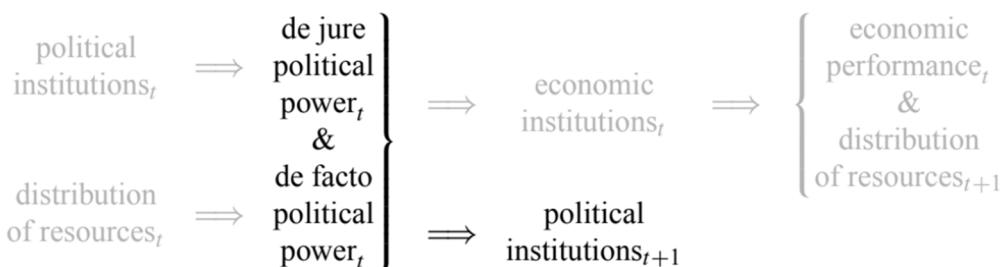


Abbildung 14: Zusammenhang zwischen politischer Macht und politischen Institutionen (Acemoglu et al., 2005)

Diskussion der Zusammenhänge

Im oben dargestellten Modell wurden zwei Einflussgrößen vorgestellt: die politischen Institutionen und die Verteilung von Ressourcen. Diese beiden Faktoren im Zeitpunkt t sind entscheidend, um alle weiteren Entwicklungen im System zu verstehen. Politische Institutionen legen fest, wie die formelle de jure politische Macht in der Gesellschaft verteilt ist. Die Ressourcenverteilung wiederum bestimmt die tatsächliche de facto politische Macht im selben Zeitraum. Diese beiden Machtquellen beeinflussen, welche wirtschaftlichen Institutionen entstehen und wie sich die politischen Institutionen in Zukunft entwickeln werden.

Wirtschaftliche Institutionen wirken sich direkt auf ökonomische Ergebnisse aus. Sie bestimmen unter anderem das Wirtschaftswachstum und wie Ressourcen in der Zukunft (Zeitpunkt $t + 1$) verteilt werden. Obwohl wirtschaftliche Institutionen für wirtschaftliche Entwicklungen entscheidend sind, sind sie nicht unabhängig. Sie werden durch politische Strukturen und die Ressourcenverteilung mitbestimmt (Acemoglu et al., 2005).

Zudem wurde gezeigt, warum es in diesem System eine starke Tendenz zur Stabilität gibt. Erstens ändern sich politische Institutionen in der Regel ohne Umgebungsveränderung nur langsam. Große Veränderungen, wie der Übergang von einer Diktatur zur Demokratie, erfordern erhebliche Verschiebungen in der politischen Machtverteilung. Zweitens: Wenn eine bestimmte Gruppe wirtschaftlich besonders stark ist, gewinnt sie mehr de facto politische Macht. Das erlaubt ihr, politische und wirtschaftliche Institutionen zu ihren Gunsten zu gestalten. Dadurch bleibt ihre Machtstellung oft auch in der Zukunft erhalten. Daraus lässt sich feststellen, dass die ehemaligen Kolonien mit schnell zunehmendem Wirtschaftswachstum über inklusive Institutionen verfügen, während andere über extraktive Institutionen.

Demokratie und institutionelle Entwicklung im AJR-Modell

Das Modell von AJR macht deutlich, dass Demokratie, wenn sie richtig umgesetzt wird, eine wichtige Rolle für eine faire Verteilung von Macht in einer Gesellschaft spielt. Wesentliche Bestandteile wie Mitbestimmung, ein funktionierender Rechtsstaat und klare Regeln für den Umgang mit Macht helfen dabei, gute politische Strukturen aufzubauen und Ressourcen gerechter zu verteilen.

Es ist wichtig, den Begriff der Demokratie nicht durch das Errichten einer demokratischen Fassade für eigennützige Zwecke zu verzerren, um eigene Interessen zu verfolgen. Eine funktionierende Demokratie sorgt für ein Gleichgewicht zwischen der offiziell anerkannten de jure Macht und der tatsächlichen de facto Macht. Wenn dieses Gleichgewicht besteht, wird Macht gerechter verteilt und das politische System wird stabiler. Auf diese Weise beeinflussen demokratische Prinzipien direkt, wie Institutionen aufgebaut sind und wie Ressourcen in der Gesellschaft verteilt werden.

Äußere Einflüsse wie technologische Neuerungen oder internationale Veränderungen können das Machtgleichgewicht in einer Gesellschaft jedoch verschieben. Das kann zu grundlegenden Veränderungen der politischen Institutionen führen und langfristig auch wirtschaftliche Institutionen sowie das Wirtschaftswachstum beeinflussen (vgl. Acemoglu, 2025).

3 Utility-Technology Possibilities Frontier (UTPF) als theoretischer Rahmen

Basis der UTPF

Ein Element im neueren Werk von Acemoglu (2025) ist die von ihm entwickelte Utility-Technology Possibilities Frontier (im Folgenden UTPF), ein analytischer Rahmen, der es ermöglicht, die Wechselwirkungen zwischen Institutionen, technologischer Entwicklung und der Verteilung von Wohlfahrt innerhalb einer Gesellschaft zu modellieren. Die UTPF wurde erstmals ausführlich in seiner Nobel Lecture und der dazugehörigen NBER Publikation vorgestellt (Acemoglu, 2025).

Die Frontier repräsentiert die bestmöglichen Ausgänge (in Bezug auf Wohlstand und Verteilung) basierend auf den bestehenden technologischen und institutionellen Rahmenbedingungen. Verschiedene Technologien oder Institutionen können die Form und Position dieser Frontier verändern.

Wie in der Wirtschaft oft bei Produktionsmöglichkeitsgrenzen (production possibilities frontiers) dargestellt, zeigt die Frontier, welche Kombinationen von wirtschaftlichem Nutzen für verschiedene Gruppen möglich sind. Verschiedene Punkte auf der Frontier repräsentieren unterschiedliche Verteilungen von Wohlstand zwischen diesen Gruppen.

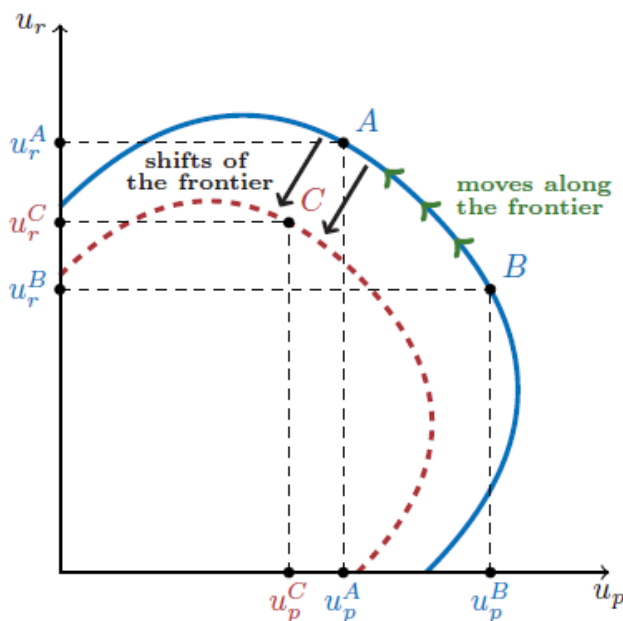


Abbildung 15: Die Utility-Technology Possibilities Frontier (Acemoglu, 2025)

Die Frontier kann sich nach außen oder nach innen verschieben. Eine Verschiebung nach außen bedeutet, dass dieselbe Technologie und dieselben Institutionen mehr Wohlstand oder eine bessere Verteilung ermöglichen können, oft infolge von Reformen oder technologischen Innovationen. Eine Verschiebung nach innen weist auf eine Verschlechterung hin, wenn zum Beispiel die Effizienz aufgrund schlechter institutioneller oder politischer Entscheidungen verringert wird.

Die Form und Position der Frontier werden nicht nur durch technische Effizienz, sondern auch durch politische Machtverhältnisse und Entscheidungen beeinflusst. Mächtige Gruppen können verhindern, dass

sich die Frontier nach außen verschiebt, wenn die damit verbundenen Vorteile sie nicht direkt betreffen oder sogar schädigen.

Die Bewegung entlang der Frontier illustriert, wie sich die Verteilung des wirtschaftlichen Nutzens zwischen verschiedenen Gruppen in einer Gesellschaft bei gegebenen technologischen und institutionellen Rahmenbedingungen ändern kann.

Rolle von Institutionen bei der Frontier-Verschiebung

Obwohl der UTPF-Rahmen theoretisch erhebliche Potenziale für kollektiven Wohlstand aufzeigt, verdeutlicht Acemoglu (2025), dass reale Gesellschaften häufig unterhalb ihrer technologisch-institutionellen Möglichkeiten operieren. Die Ursachen dafür liegen nicht primär in mangelndem Wissen oder Ressourcenknappheit, sondern in Machtasymmetrien und Verteilungskonflikten, die zu systematischem Widerstand gegen Veränderungen führen. Die folgenden fünf Mechanismen erklären diese Blockaden.

a) Holdup und Institutionen

Ein wesentliches Hindernis für produktive Investitionen ist das sogenannte Holdup-Problem. Dabei befürchten wirtschaftliche Akteure, dass ihre Investitionen nachträglich durch politisch mächtige Gruppen enteignet oder reguliert werden könnten. Dies verringert die Investitionsbereitschaft und hemmt langfristiges Wachstum. Institutionen wie Gewaltenteilung, Rechtssicherheit oder zivilgesellschaftliche Kontrolle können solche Risiken reduzieren. Fehlen diese Absicherungen, verschiebt sich die Frontier nach innen, da das Produktivitätspotenzial nicht ausgeschöpft wird (vgl. Acemoglu, 2025).

b) Economic Losers

Reformen oder technologische Neuerungen bringen nicht nur Gewinner hervor, sondern auch ökonomisch mächtige Verlierer wie Monopolisten, Rentiers oder Eigentümer ineffizienter Strukturen. Diese Gruppen blockieren Veränderungen, wenn sie dadurch Einkommenseinbußen erwarten. Ein Beispiel ist die gezielte Aufrechterhaltung extraktiver Institutionen, um die wirtschaftliche Kontrolle zu behalten, selbst auf Kosten gesamtgesellschaftlichen Fortschritts. In der UTPF verweigern solche Gruppen den Übergang von Punkt C zu Punkt B.

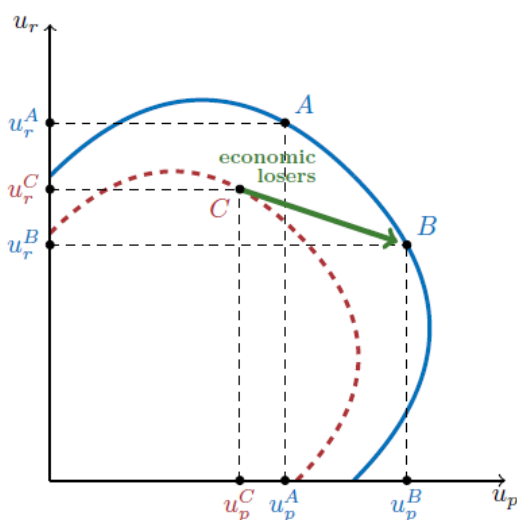


Abbildung 16: Die Utility-Technology Possibilities Frontier - Economic Losers (Acemoglu, 2025)

c) Political Losers

Ein noch stabilerer Widerstandsmechanismus betrifft den Erhalt politischer Macht. Selbst wenn Eliten wirtschaftlich von Reformen profitieren könnten, blockieren sie diese, wenn sich dadurch Machtverhältnisse zugunsten anderer gesellschaftlicher Gruppen verschieben würden. Acemoglu (2025) bezeichnet dies als „political creative destruction“ - Reformen oder neue Technologien destabilisieren bestehende Machtverhältnisse, indem sie neue gesellschaftliche Kräfte stärken. Der drohende Machtverlust führt zu institutioneller Stagnation oder bewusst herbeigeführter Ineffizienz wird bevorzugt.

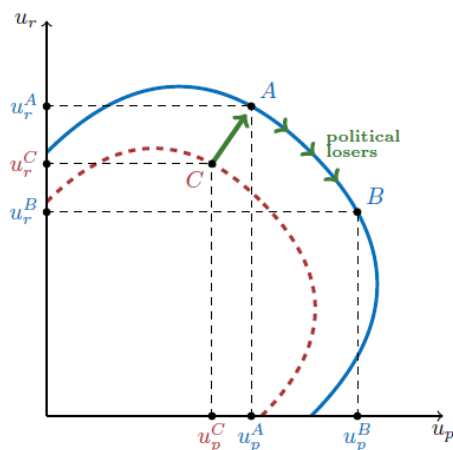


Abbildung 17: Die Utility-Technology Possibilities Frontier - Political Losers (Acemoglu, 2025)

d) Zusammenbruch staatlicher Kapazitäten

Wenn politische und ökonomische Eliten Veränderungen mit repressiven Mitteln verhindern, kann dies zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und letztlich zum Staatszerfall führen. Acemoglu & Robinson (2012) verweisen auf Fälle wie Libyen oder Syrien, wo institutionelle Blockade und Repression in systemische Instabilität und Verlust staatlicher Handlungsfähigkeit mündeten. Die Frontier verschiebt sich in solchen Fällen drastisch nach innen, da die Grundvoraussetzungen für Produktivität, Sicherheit und Eigentumschutz wegbrechen (vgl. Acemoglu, 2025).

e) Experimentation und kollektives Wissen

Innovationen entstehen nicht nur durch Forschung und Entwicklung, sondern auch durch soziales Lernen und institutionelle Experimente. Autokratische oder hierarchische Systeme, die keine Offenheit für neue Ideen oder institutionelle Vielfalt zulassen, blockieren diesen Prozess. Acemoglu nennt dies die Verhinderung von kollektiver Wissensakkumulation, wie sie z. B. in Teilen des chinesischen Hochschulsystems beobachtbar ist. Ohne Experimentation bleibt die technologische Entwicklung begrenzt, was für einen weiteren Grund für die nach innen verschobene Frontier spricht (vgl. Acemoglu, 2025).

Potenzielle Frontier-Verschiebung im KI-Zeitalter

Der Ausgangspunkt ist eine bestehende Nutzenverteilung auf einer gegebenen Frontier (Frontier 1). Eine Verschiebung des Machtgleichgewichts zugunsten der reichen Gruppe führt zunächst zu einer Bewegung entlang dieser Frontier (von Punkt B_0 zu B_1), was eine direkte Umverteilung der Wohlfahrt bedeutet. Gleichzeitig beeinflusst die politische Macht auch die Richtung des technologischen Wandels. Eine stärkere Dominanz der wohlhabenden Gruppe begünstigt technologische Entwicklungen, die ihre Interessen stärken, beispielsweise durch arbeiterersetzende Innovationen. Dies führt zu einer Verschiebung der Frontier selbst (Frontier 2), wobei Punkt B_2 eine neue Gleichgewichtskonstellation unter verschlechterten Bedingungen für die ärmere Gruppe markiert. Die Abbildung berücksichtigt außerdem Szenarien im Kontext der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz. Wird Technologie primär zur Automatisierung eingesetzt, kommt dies vor allem der reichen Gruppe zugute und verschärft die Ungleichheit weiter (Frontier 3). Alternativ könnte ein arbeitskomplementärer KI-Einsatz (auch Pro Worker KI genannt) zu einer inklusiveren Entwicklung führen (Frontier 4). Die UTPF macht somit deutlich, dass technologischer Fortschritt nicht neutral verläuft, sondern durch institutionelle und politische Machtverhältnisse beeinflusst wird (vgl. Acemoglu, 2025).

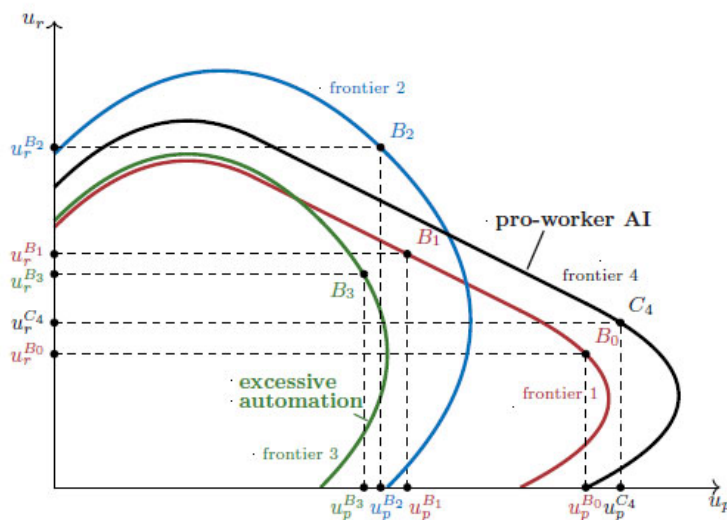


Abbildung 18: Die Utility-Technology Possibilities Frontier - Zeitalter der KI (Acemoglu, 2025)

4 Kritik

Die Arbeiten von AJR, insbesondere *The Colonial Origins of Comparative Development* (2001) sowie *Why Nations Fail* (2012), gehören zu den einflussreichsten Beiträgen der NIO. Trotz ihrer weiten Verbreitung und politischen Resonanz bleiben die Thesen der Autoren nicht unumstritten. Die wissenschaftliche Kritik konzentriert sich auf drei zentrale Bereiche: methodische Fragwürdigkeiten, theoretische Engführungen und geografische Unterschätzungen (vgl. Sauerland, 2025).

Ein grundlegender Einwand betrifft die Verwendung historischer Mortalitätsraten europäischer Siedler als Instrumentvariable zur Erklärung institutioneller Qualität. In einer viel beachteten Replik zeigt Albouy (2012), dass die Ergebnisse von AJR stark von unsicheren und heterogenen Datenquellen abhängen.

Zudem wird die Typologisierung von Institutionen in inklusiv vs. extraktiv als analytisch unzureichend bewertet. Zwischen Ländern, die formal als inklusiv gelten, bestehen teils erhebliche Unterschiede in Struktur und Funktion. So unterscheidet sich beispielsweise das ordnungspolitisch und sozialstaatlich geprägte Modell Deutschlands deutlich vom liberal-marktwirtschaftlichen Föderalismus der Vereinigten Staaten – obwohl beide im AJR-Modell gleichermaßen als Erfolgssysteme gelten. Autoren wie Chang (2002) betonen die Bedeutung nationaler Besonderheiten und institutioneller Pfadabhängigkeit, die durch binäre Klassifikationen verdeckt werden.

Acemoglu et al. (2012) behaupten, dass geografische Bedingungen nicht direkt, sondern lediglich indirekt über ihre Wirkung auf Institutionen die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Diese Sichtweise wurde von Auer et al. (2023) sowie von Kopsidis & Bromley (2016) kritisiert. Beide betonen, dass insbesondere die räumliche Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen wie z.B. Kohlevorkommen in Preußen einen direkten Einfluss auf die industrielle Entwicklung hatten.

IV Fallbeispiel Syrien

1 Historische Entwicklung extraktiver Institutionen (1516 – 2024 Jahre)

Im Sinne der Neuen Institutionenökonomik, wie sie von AJR geprägt wurde, lässt sich die institutionelle Entwicklung Syriens als ein langfristiges, natürliches Experiment rekonstruieren. Anhand eines über fünf Jahrhunderte reichenden Prozesses zeigt sich, wie extraktive Institutionen unabhängig von ökonomischen oder kulturellen Rahmenbedingungen zu verschiedenen Zeitpunkten eingeführt, gefestigt und transformiert wurden. Die Analyse veranschaulicht theoretische Konzepte wie die institutionelle Persistenz, die Pfadabhängigkeit, Critical Junctures und die Machtausübung durch Exklusion.

Osmanische Herrschaft (1516–1918): Dezentralität und strukturelle Exklusion

Die Eingliederung Syriens in das Osmanische Reich markierte den Beginn formalisierter institutioneller Strukturen, die jedoch von Beginn an elitär, klientelistisch und asymmetrisch organisiert waren (vgl. Masters, 2013). Die osmanische Verwaltung stützte sich weitgehend auf lokale Notabeln und religiöse Führer zur Steuererhebung und Machtsicherung (vgl. Reilly, 2008). Diese Form indirekter Herrschaft etablierte ein informelles Machtsystem, das institutionelle Gleichheit von Anfang an ausgeschlossen hat. Die rechtliche Trennung der Bevölkerungsgruppen nach religiöser Zugehörigkeit (Millet-System) und die Vergabe von Ämtern auf Grundlage persönlicher Loyalität führten zu einem institutionellen Ordnungsmodell, das späteren extraktiven Strukturen den Weg bereitete (vgl. Masters, 2013).

Französisches Mandat (1920–1946): Koloniale Reorganisation und gezielte Fragmentierung

Mit der Errichtung des französischen Mandats entstand ein entscheidender Critical Juncture im institutionellen Pfad Syriens. Die französische Kolonialverwaltung implementierte bewusst extraktive Institutionen mit dem Ziel, nationale Kohärenz zu verhindern und imperiale Kontrolle zu sichern (vgl. Khoury, 1987).

Dazu zählten:

- die territoriale Aufspaltung in konfessionell geprägte Einheiten,

- die Etablierung abhängiger lokaler Eliten,
- die Einführung französischer Rechts- und Bildungsnormen ohne lokale Legitimation,
- sowie die Repression nationalistischer Bewegungen.

Diese Maßnahmen verstärkten bestehende Exklusionsmechanismen und verhinderten die Entstehung inklusiver Strukturen. Der institutionelle Transfer erfolgte nicht im Sinne einer Modernisierung, sondern mit dem Vorhaben einer strukturellen Dominanz, was langfristige Folgen für die staatliche Kohärenz und die gesellschaftliche Integration hatte (vgl. Thomsson, 2000).

Postkoloniale Instabilität und autoritärer Umbau (1946–1970)

Die formale Unabhängigkeit Syriens eröffnete keinen alternativen institutionellen Pfad. Vielmehr reproduzierten sich kolonial eingeführte Machtstrukturen in Form instabiler Zivilregierungen, wiederholter Militärputsche und ideologisch aufgeladener Rivalitäten (vgl. Heydemann, 1999). Die Abwesenheit funktionsfähiger rechtsstaatlicher Institutionen machte den Weg frei für autoritäre Konsolidierung. Der Machtantritt der Partei Al-Ba'ath im Jahr 1963 erzielte den Übergang zu einem zentralisierten Einparteiensystem, das durch die Verschmelzung von Partei, Militär und Bürokratie charakterisiert war (vgl. Hinnebusch, 1990).

Assad-Regime (1970–2024): Personalistische Herrschaft und institutionelle Erosion

Mit dem Amtsantritt von Hafez Al-Assad im Jahr 1971 begann die Phase einer konsolidierten personalistischen Autokratie, die über fünf Jahrzehnte hinweg ein hochgradig extraktives Institutionengefüge entwickelte. Die politische Loyalität wurde über patronale Netzwerke organisiert, während Repression, Überwachung und systematische Exklusion oppositioneller Akteure zum Standard des Regierens wurden (vgl. Dagher, 2019; Heydemann, 1999). Nach seinem Tod im Jahr 2000 übernimmt sein Sohn, Bashar Al-Assad, das Amt und wird Präsident von Syrien. Er bildete sich ein klientelistisch gesteuertes System, das von einer extraktiven Bereicherung getrieben wurde und die ökonomische Macht mit der politischen verknüpfte (vgl. Haddad, 2012).

Die Revolte im Jahr 2011 und der darauffolgende Bürgerkrieg führten zu einer territorialen Fragmentierung der institutionellen Ordnung. Verschiedene nichtstaatliche Akteure übernahmen lokale Herrschaftsfunktionen, während die staatliche Kohärenz schrittweise erodierte (International Crisis Group, 2011–2024). Der endgültige Kollaps des Regimes im Jahr 2024 dokumentiert den Zusammenbruch eines autoritären Ordnungsmodells, das sich über ein Jahrhundert institutionell verfestigt hatte.

2 Ausblick: Postautoritäre Dynamiken und institutionelle Lernchancen

Mit dem endgültigen Zusammenbruch des Assad-Regimes im Jahr 2024 öffnet sich ein neues, historisch bedeutsames Fenster institutioneller Neuordnung. Das Ende eines der langlebigsten autoritären Systeme der arabischen Welt markiert nicht nur einen politischen Wendepunkt, sondern auch einen potenziellen „second-order critical juncture“, wie ihn Acemoglu & Robinson in „The Narrow Corridor“ (2019) beschreiben. In dieser Übergangsphase wird sich entscheiden, ob es gelingt, eine tragfähige institutionelle Grundlage für inklusive Regierungs- und Eigentumsstrukturen zu schaffen, oder ob erneut extraktive Muster durch neue Machteliten reproduziert werden.

Syrien bietet damit eine Fallstudie für die zukünftige Forschung der institutionellen Ökonomie. Anders als viele entwickelte Staaten, in denen institutionelle Strukturen bereits verfestigt sind, befindet sich Syrien

nach dem Regimekollaps in einer Phase institutioneller Fluidität, in der neue Regeln, Normen und Machtverhältnisse erst entstehen. Die Frage nach der Richtung und Qualität dieses institutionellen Neuanfangs, ob bottom-up organisiert, durch internationale Akteure beeinflusst oder von alten Machtstrukturen unter neuen Namen dominiert – wird entscheidend dafür sein, ob wirtschaftliche Erholung, soziale Kohäsion und politischer Pluralismus möglich werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wissenschaftlich hochrelevant, den weiteren Verlauf des syrischen Institutionenwandels aufmerksam zu beobachten. Der syrische Fall bietet die seltene Gelegenheit, zentrale Thesen der Institutionenökonomik empirisch zu überprüfen:

- Unter welchen Bedingungen können extraktive Institutionen tatsächlich überwunden werden?
- Welche Rolle spielen kollektive Akteure, externe Einflüsse oder wirtschaftliche Zwänge bei der Herausbildung neuer Ordnungen?
- Und schließlich: Welche institutionellen Arrangements sind geeignet, in postkonfliktiven Gesellschaften Wohlstand, Teilhabe und Stabilität zugleich zu fördern?

Syrien ist damit nicht nur ein Lehrbeispiel vergangener Institutionenentwicklung, sondern auch ein lebendiges Laboratorium für zukünftige Theorien über die Bedingungen gelingender institutioneller Transformationen.

V Schluss

Dieser Beitrag hat den Zusammenhang zwischen Institutionen, Demokratie und Wohlstand untersucht. Zu Beginn wurden die Definitionen von Wohlstand, Wohlfahrt und Prosperität sowie die Begriffe Demokratie und Institutionen dargelegt. Diese Konzepte dienen als Grundlage für die weiterführende Analyse. Der Mainstream der Ökonomie und die verschiedenen Denkschulen wurden betrachtet, die sowohl auf Mikro- als auch auf Makroebene bedeutende Beiträge zur "Main Stream" Ökonomie geleistet haben hinsichtlich der Frage, wie mehr Wohlstand mit begrenzten Ressourcen geschaffen werden kann. Die Untersuchung beleuchtet die Neue Institutionenökonomik (NIÖ), die die Bedeutung institutioneller Rahmenbedingungen betont. Die vier Untersuchungsebenen der NIÖ, nämlich die institutionelle Einbettung, institutionelles Umfeld, Governance-Mechanismen und Ressourcenallokation, verdeutlichen die Rolle von Institutionen für wirtschaftliche Prozesse.

Zudem wurden die Modelle von Acemoglu, Johnson und Robinson (AJR) analysiert, die illustrieren, wie inklusive und extraktive Institutionen den Wohlstand und die Entwicklung von Nationen beeinflussen können. Obwohl die Modelle von AJR nicht auf den Fall Syriens angewandt wurden, wurde Syrien als Beispiel herangezogen, um zu betonen, wie die Entwicklung des Landes eine Möglichkeit bietet, die in den Modellen erläuterten Konzepte zu beobachten, insbesondere nach dem Machtwechsel. Der Artikel Einsichten in die Bedeutung von Institutionen für die Wohlförderung.

Literaturverzeichnis

- [1] Acemoglu, D. (2025). Institutions, technology and prosperity (NBER Working Paper No. 33442). National Bureau of Economic Research.
- [2] Acemoglu, D., Johnson, S., & Robinson, J. A. (2001). The colonial origins of comparative development: An empirical investigation. *The American Economic Review*, 91(5), 1369–1401.
- [3] Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2012). *Why nations fail: The origins of power, prosperity, and poverty*. Crown Business.
- [4] Acemoglu, D., Johnson, S., & Robinson, J. A. (2005). Institutions as a fundamental cause of long-run growth. In P. Aghion & S. N. Durlauf (Eds.), *Handbook of Economic Growth* (Vol. 1A, pp. 385–472). Elsevier
- [5] Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2019). *The narrow corridor: States, societies, and the fate of liberty*. Penguin Press.
- [6] Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2006). *Economic origins of dictatorship and democracy*. Cambridge University Press.
- [7] Albouy, D. Y. (2012). *The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation: Comment*. American
- [8] Auer, R., Haslhofer, B., Kitzler, S., Saggese, P., & Victor, F. (2023). *The technology of decentralized finance (DeFi)* (BIS Working Paper No. 1066). Bank for International Settlements.
- [9] Caspari, V. (Ed.). (2018). *Kontinuität und Wandel in der Institutionenökonomie: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXIII*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, No. 115/XXXIII (ISBN 978-3-428-55340-2)
- [10] Chang, H.-J. (2002). *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*. London: Anthem Press.
- [11] Dagher, S. (2019). *Assad or We Burn the Country: How One Family's Lust for Power Destroyed Syria*. Little, Brown and Company. *Economic Review*, 102(6), 3059–3076.
- [12] *Gabler Wirtschaftslexikon*. (2022, 14. Juni). Prosperität. Springer Fachmedien Wiesbaden
- [13] Haddad, B. (2012). *Business Networks in Syria: The Political Economy of Authoritarian Resilience*. Stanford University Press.
- [14] Hall, R. E., & Jones, C. I. (1999). Why Do Some Countries Produce So Much More Output per Worker than Others? *The Quarterly Journal of Economics*, 114(1), 83–116.
- [15] Heydemann, S. (1999). *Authoritarianism in Syria: Institutions and social conflict, 1946–1970*. Cornell University Press.
- [16] Hinnebusch, R. (1990). *Authoritarian power and state formation in Ba'thist Syria: Army, party, and peasant*. Westview Press.
- [17] Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. Harcourt Brace.
- [18] Khoury, P. S. (1987). *Syria and the French Mandate: The politics of Arab nationalism, 1920–1945*. Princeton University Press.
- [19] Klenow, P. J., & Rodríguez-Clare, A. (1997). The Neoclassical Revival in Growth Economics: Has It Gone Too Far? In B. S. Bernanke & J. J. Rotemberg (Eds.), *NBER Macroeconomics Annual 1997* (Vol. 12, pp. 73–103). MIT Press.
- [19] Kopsidis, M., & Bromley, D. W. (2016). The French revolution and German industrialization: Dubious models and doubtful causality. *Journal of Institutional Economics*, 12(1), 161–190.
- [20] *Masters, 2013: Bruce Masters' Buch The Arabs of the Ottoman Empire, 1516–1918: A Social and Cultural History* (2013)
- [21] Menger, C. (1871). *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre* (Originalwerk veröffentlicht 1871 und erweitert 2007).
- [22] North, D. C. (1990). *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press.
- [23] Pitz, S. (2013). Wirtschaftliches Wohlstandsniveau und soziale Wohlfahrt. In M. S. Woyke (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik: Eine praxisorientierte Einführung* (S. 31–44). Springer VS.
- [24] Reilly, 2008: James A. Reillys *Fragile Nation, Shattered Land: The Modern History of Syria* (2008)
- [25] Samuelson, P. A., & Nordhaus, W. D. (2010). *Economics* (19. Aufl.). McGraw-Hill Education.
- [26] Sauerland, D. (2025). *Institutions Matter – Nobelpreis 2024 an Daron Acemoglu, Simon Johnson, James Robinson*.
- [27] Smith, A. (1776). *Der Wohlstand der Nationen* (Originalwerk veröffentlicht 1776 und erweitert 2010).
- [28] Thompson, E. (2000). *Colonial citizens: Republican rights, paternal privilege, and gender in French Syria and Lebanon*. Columbia University Press.